



# Schöntaler Erklärung

**Europa, Bildung, digitale Revolution – Zukunft<sup>3</sup>**

**Klausurtagung der Mandats- und Funktionsträger  
der CDU Baden-Württemberg  
12./13. Januar 2018 – Kloster Schöntal**

## **I. Europa**

Im September letzten Jahres präsentierte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seine Vorstellungen zu Europa vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron skizzierte zwei Tage nach der Bundestagswahl 2017 seinen Entwurf eines Handlungs- und Orientierungsrahmens für ein zukunftsfähiges und krisenfestes Europa. Seitdem wartet ganz Europa auf die Antwort einer noch immer neu zu bildenden Bundesregierung. Im 55. Jahr des Bestehens des Elysee-Vertrages zeigt dies nicht nur die enge Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland, sondern führt deutlich vor Augen, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit die entscheidende Triebfeder Europas ist und zugleich die Grundlage bildet für über 70 Jahre Frieden auf unserem Kontinent. Die Erkenntnis, dass nur ein Miteinander der europäischen Nationen Friede, Freiheit und Wohlstand gewährleisten kann, bedurfte der Erfahrung zweier schrecklicher Weltkriege, zu deren Beginn die Desintegration der damaligen europäischen Bündnissysteme stand. Nationale Alleingänge und die Unfähigkeit zu einem fairen Interessenausgleich führten in die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, den Ersten Weltkrieg, dessen Ende sich dieses Jahr zum 100. Mal jährt.

Neben der historischen Erfahrung verpflichten uns in keinem geringeren Maße die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft dazu, Werte und Strukturen der Europäischen Union mit neuem Leben und neuer Begeisterung zu füllen. Friede, Freiheit und Wohlstand sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern müssen immer neu errungen werden. Das lässt sich allein mit der Routine eines europäischen Verwaltungsapparates jedoch nicht erreichen. Notwendig und essentiell ist vielmehr die Begeisterung für den Gedanken eines gemeinsamen Europas. Wenn für die Menschen Europa oftmals in erster Linie als Hort von Richtlinien, Verordnungen, Bürokratie und Umverteilung wahrgenommen wird, mangelt es aber gerade an dieser Begeisterung. Dies zu ändern muss unsere erste Sorge sein. Natürlich gehört dazu, für die gemeinsamen europäischen Ideen und Werte zu werben – für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Dazu gehört aber heute mehr denn je, diese Prinzipien in konkrete Politik für die Menschen zu übersetzen. Dabei müssen wir die Handlungsfelder in den Blick nehmen, für die ein gemeinsames Europa prädestiniert ist: Verteidigung und Sicherheit, Migration und Entwicklung, Ökologie und Ökonomie.

Europa wird nur dann eine Zukunft haben, wenn die Menschen wahrnehmen, dass ein gemeinsames Europa in der Lage ist, nicht nur Recht zu setzen, sondern Recht zu schützen und durchzusetzen. Daher bedarf es nach außen einer einheitlichen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und nach innen einer schnell voranschreitenden Vernetzung und vertieften Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden. Dies gilt für die Bekämpfung organisierter Kriminalität in gleichem Maße wie für die Bekämpfung von Cyberkriminalität oder auch für die Bekämpfung der unterschiedlichsten terroristischen Bedrohungen.

Daher fordern wir:

- Europa muss ein Europa der Sicherheit sein. Dazu müssen alle Hemmnisse, die eine innereuropäische Strafverfolgung behindern, abgebaut, gemeinsame polizeiliche Strukturen vertieft, die Interoperabilität von Sicherheits- und Streitkräften verbessert und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

## Europa, Bildung, digitale Revolution – **Zukunft**<sup>3</sup>

- Europa braucht eine wirksame europäisch koordinierte Cyberabwehr, die einhergeht mit der nötigen Cybersecurity, die den Schutz unserer kritischen Infrastruktur sicherstellt.

Von einem gemeinsamen Europa müssen die Menschen erwarten dürfen, dass die Fragen von Migration und Entwicklung auch gesamteuropäisch gelöst werden. Der Schengenraum muss einerseits als Gebiet mit einer ihren Zweck erfüllenden Außengrenze wahrgenommen werden. Andererseits muss der Schengenraum als Ganzes als ein einheitlicher Asyl- und Migrationsraum betrachtet werden. In der Konsequenz bedeutet dies, dass beispielsweise der Leistungsumfang für Asylberechtigte und Flüchtlinge vollständig angeglichen, Verfahren harmonisiert und Lasten gleichmäßig verteilt werden müssen. Zudem wird der Migrationsdruck auf Europa nur zu beeinflussen sein, wenn die europäischen Staaten zu einer gemeinsamen, nachhaltigen Entwicklungspolitik in Afrika finden.

Daher fordern wir:

- Europa muss ein Europa mit einheitlicher Migrationspolitik sein. Sämtliche Leistungen, Verfahren und Rechtsansprüche müssen besser abgestimmt und langfristig vereinheitlicht werden. Für Afrika muss Europa insgesamt ein starker Partner werden.
- Dazu gehört auch die systematische Überprüfung aller Ein- und Ausreisenden an den Außengrenzen der Europäischen Union durch das schnell umzusetzende Europäische Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) sowie die Verbesserung des Schengener Informationssystems (SIS) II. Insbesondere Abschiebeentscheidungen und erfolgte Abschiebungen illegaler Drittstaatsangehöriger sowie Einreiseverweigerungen müssen durch die Mitgliedstaaten verpflichtend und zeitnah eingetragen werden.

Ausländische Direktinvestitionen stellen als eine Quelle von Wachstum, Beschäftigung und Innovationen einen wesentlichen Faktor für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dar. Der Zufluss solcher Investitionen in die EU steigt ständig. Sie konzentrieren sich immer mehr auf strategisch ausgewählte Bereiche, auf Unternehmen, die Schlüsseltechnologien entwickeln oder Infrastrukturen betreiben, die wesentlich für Gesellschaft und Wirtschaft sind. Sie gehen zunehmend auch von staatlichen Unternehmen oder Investoren, die Regierungen nahestehen, aus.

Daher fordern wir:

- Europa muss seine Zuständigkeit für die Kontrolle auswärtiger Direktinvestitionen wahrnehmen und auf sensible Infrastrukturen und Schlüsseltechnologien erstrecken.

Vor dem Hintergrund der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas und des pazifischen Raumes nimmt die Bedeutung des gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraumes weiter zu. Unterschiedliche Steuerungsinstrumente – auch im Bereich einer nachhaltigen Energiewirtschaft – behindern jedoch die vollständige Integration eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes. Daher ist die Harmonisierung von Sozial- und Steuermodellen zwingend erforderlich. Darüber hinaus bedarf es eines

gesamteuropäischen Strommarktes, verbindlicher EU-weiter Klimaziele sowie einheitlicher Standards und Maßnahmen, um diese zu erreichen.

Daher fordern wir:

- Europa muss ein Europa wirtschaftlicher Stärke sein. Dazu braucht es einheitliche Standards für Steuern und Abgaben genauso wie für Sozialleistungen. Die Soziale Marktwirtschaft, die auf der Unternehmensverantwortung und der Sozialpartnerschaft aufbaut, muss in Europa eine Renaissance erfahren.
- Das digitale Ziel der EU „free flow of data“ wird durch die angestrebte Beschränkung auf nichtpersonenbezogene Daten unerreichbar, wenn prinzipiell alle verarbeiteten Daten personenbezogen sind. Diese überzogene Innovations- und Wachstumsbremse wollen wir durch eine grundlegende Überarbeitung der e-Privacy-Verordnung lösen.

So wünschenswert ein einhelliges und geschlossenes Handeln in diesen Politikfeldern ist, so schwierig ist die gemeinsame Verpflichtung auf diese Ziele. Den Staaten jedoch, die schneller bei der Integration voranschreiten möchten, muss dies in der Zukunft ermöglicht werden. Es gilt, einen Handlungsrahmen zu schaffen, der ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten ermöglicht und jederzeit einen Spurwechsel zulässt. Verbindlichkeit und Verlässlichkeit spielen dabei eine zentrale Rolle. Wer sich auf gemeinsame Ziele festlegt und dazu die finanzielle Solidarität der übrigen in Anspruch nimmt, muss diesen Anspruch durch die Übernahme einheitlicher Steuerungsinstrumente rechtfertigen. Europa wird nicht nur in Brüssel und Straßburg gestaltet, sondern auch in Baden-Württemberg. Nur so werden die Menschen bei uns vor Ort Europa als handlungs- und zukunftsfähig wahrnehmen.

Daher fordern wir:

- Europa muss ein Europa der Willigen und der Verlässlichen sein. Der organisatorische Handlungsrahmen dafür muss schnellstmöglich gemeinsam mit Frankreich geschaffen werden.
- Eine Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips baden-württembergischer Prägung, um sicherzustellen, dass die Mitgliedsstaaten die Aufgaben in ihren eigenen Bereichen auch wirksam erfüllen: Subsidiarität beinhaltet auch Pflichten.
- Europa muss stärker an seinen Wurzeln zusammengeführt werden. Das sind die Kommunen. Die digitalen Möglichkeiten bieten neue Chancen, Know-How im Bereich der gesamten Infrastruktur schneller auszutauschen und anzuwenden. Es gilt, viele solche Know-How-Partnerschaften aufzubauen und vorhandene Städtepartnerschaften weiterzuentwickeln.
- Kommunale Zuständigkeiten, deren grenzüberschreitende Fragestellungen auch grenzüberschreitender Antworten bedürfen, könnten in einer neuartigen grenzüberschreitenden Körperschaft mit echten Kompetenzen und direkten, grenzüberschreitend gewählten Bürgervertretungen künftig besser wahrgenommen werden.
- Eine bessere Einbindung von Mitgliedern des Europäischen Parlaments mit Wohnsitz in Baden-Württemberg nach dem Vorbild des Deutschen Bundestags als sogenannte mitwirkungsberechtigte Mitglieder ohne Stimmrecht in die Arbeit des

Landtagsausschusses, der für die Angelegenheiten der Europäischen Union zuständig ist.

- Um die Bedeutung Europas, die Prinzipien von Miteinander und Subsidiarität sowie die Verbindung der einzelnen politischen Ebenen deutlich herauszustellen, sprechen wir uns dafür aus, den Wahltag der Europawahl und Kommunalwahl in 2019 auf einen gemeinsamen Tag zu legen.

## **II. Bildung**

Zu der Handlungsfähigkeit Europas gehört elementar auch das Prinzip der Subsidiarität, das in der bundesstaatlichen Verfasstheit Deutschlands besonders zum Ausdruck kommt. Dieses Prinzip der Eigenverantwortlichkeit kommt in der Bildungshoheit der Länder zum Ausdruck. So sehr wir uns auf europäischer Ebene beispielsweise für die gegenseitige Anerkennung aller universitären Zugangsberechtigungen einsetzen, so deutlich bekennen wir uns zur Bildungshoheit der Länder in Deutschland.

Baden-Württemberg hat über Jahrzehnte unter Beweis gestellt, dass eine föderalistisch geordnete Bildungspolitik hervorragende Ergebnisse erzielt. Auf diesen erfolgreichen Weg wollen wir die Schulen in unserem Land wieder zurückführen. Dies geht nur über ein eindeutiges Bekenntnis zu Qualität und Differenzierung. Für uns ist klar: Jeder Mensch hat ganz individuelle Fähigkeiten, die entsprechend zur Entfaltung gebracht werden können. Deshalb gehören Strukturdebatten der Vergangenheit an. Wir setzen auf Qualität und Leistungsgerechtigkeit in der bestehenden Schullandschaft und ganz konkret im Unterricht. Dabei gilt es, die Erkenntnisse der Bildungsforschung zur zentralen Rolle der Lehrperson zu würdigen. Wir wollen besten Unterricht – bei Inhalten und Methodik. Auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an! Sie in Ihrer wertvollen Aufgabe zu unterstützen beginnt bereits in der Lehrerausbildung. Wir plädieren deshalb für eine ideologiefreie Vermittlung in Pädagogik und Fachdidaktik. Im Zentrum muss der individuelle Lernerfolg der Schülerin/des Schülers stehen. Dabei setzen wir wieder vermehrt auf die Vermittlung von Wissen, ohne den Kompetenzerwerb zu vernachlässigen. Dieses Defizit in den Bildungsplänen wollen wir schnellstmöglich durch geeignete Maßnahmen angehen.

Deshalb fordern wir:

- Bildung muss Ländersache bleiben. Dies schließt aber nicht aus, dass bei der Schaffung infrastruktureller Voraussetzungen der Bund die Länder finanziell unterstützt. Die Kultushoheit bleibt bei den Ländern.
- Bildung muss in Deutschland vergleichbar werden. Hierzu wollen wir die notwendige Neuordnung des Numerus Clausus in Deutschland aktiv nutzen.
- Bildung lebt von Qualität. Wir setzen auf beste Lehrerausbildung für besten Unterricht. Didaktik, Fachwissen und Pädagogik müssen sich an den Erfordernissen für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler orientieren. Verpflichtende Diktate sowie verpflichtendes Rechtschreiben stärken die Schreib- und Lesefähigkeit der Schülerinnen und Schüler und bilden damit zentrale Grundlagen für alle weiteren Fertigkeiten zur Aneignung von Wissen und Kompetenzen. Damit darf dies genauso wenig aus dem Klassenzimmer verbannt sein wie der Frontalunterricht als effektive Unterrichtsform neben dem selbstorganisierten Lernen.
- Bildung lebt von guten Lehrerinnen und Lehrern. Um unsere Lehrkräfte in ihrer Arbeit besser zu unterstützen, setzen wir auf gute, verpflichtende Weiterbildungsangebote, die auch in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden können.
- Schule ist mehr als nur Unterricht. Sie ist Lernort für die Schülerinnen und Schüler und für die Lehrkräfte Lehr- und Arbeitsort. Um die Synergien der Zusammenarbeit im Kollegium zum Wohle der Schülerinnen und Schüler sowie für die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer bestens zu nutzen, plädieren wir für Präsenzpfllichten für

alle Lehrer, unabhängig von den jeweiligen Deputatsverpflichtungen. Dadurch werden die innerschulische Kommunikation zwischen Lehrern, Schülern und Eltern sowie die erforderliche fachliche Kooperation unter Beteiligung aller sichergestellt.

- Bildung braucht Differenzierung. In diesem Sinne muss die Unterstützung von Förderschulen wieder mehr Beachtung finden. Inklusion ist eine gesellschaftliche Aufgabe und muss die beste Förderung möglich machen. Dabei muss in der Umsetzung die bestmögliche Qualität des Unterrichts für alle Schüler gewährleistet werden.
- Bildung gründet auf Wissen und der Vermittlung von Werten. Wo klarere Vorgaben für Unterrichtsinhalte notwendig sind, werden wir entsprechend handeln.
- Lernerfolg muss an allen Schularten durch Notengebung vergleichbar und messbar sein. Schulabschlüsse müssen werthaltig bleiben und sollen nicht nur den Mindeststandards der Kultusministerkonferenz entsprechen.
- Bildung lebt vom Engagement aller Beteiligten. Daher fordern wir eine Integrationspflicht für Zugewanderte an Schulen. Die deutsche Sprache zu erlernen ist eine Bringschuld, bei der die Schule selbstverständlich Unterstützung bietet, die zuallererst aber von jeder einzelnen Person zu erbringen ist. Für Bildung und Erziehung sind die Eltern mit in der Pflicht. Wir wollen stärker dafür werben, dass Eingangsuntersuchungen und Schulreifeprüfung ernst genommen werden.
- Bildung muss vermittelt werden können. Vermehrt muss ein beachtlicher Anteil der Unterrichtszeit dafür aufgewendet werden, dass Unterricht überhaupt stattfinden kann. Disziplin mag als Sekundärtugend abgetan werden, aber wo auch nur ein Minimum an Respekt und Achtung gegenüber Lehrkräften und Mitschülern fehlt, gilt es, genau darauf wieder deutlich mehr Wert zu legen. Darin haben Lehrerinnen und Lehrer unsere volle Unterstützung. Deshalb fordern wir eine Stärkung erzieherischer und disziplinarischer Maßnahmen gegenüber dem Fehlverhalten und der Gewalt von Schülerinnen und Schülern. Respekt vor den Lehrkräften muss auch von den Eltern vorgelebt werden. Sie müssen Bildung und Erziehung ihrer Kinder fördern und nicht behindern.

### **III. Digitale Revolution**

Die digitale Revolution prägt und verändert das Leben und Arbeiten der Menschen auf eine völlig neue Weise. Die digitale Transformation wird die Arbeitswelt von morgen prägen – und damit auch die Arbeitsplätze. Das müssen wir als Chance begreifen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann beispielsweise in Zukunft völlig neu gedacht werden. Älteren Arbeitnehmern wird es möglich sein, sich länger aktiv am Berufsleben zu beteiligen. Dabei wird das lebenslange Lernen keine Floskel sein, sondern Voraussetzung für das erfolgreiche Bestehen im Berufsleben.

Schulen als zentrale Orte der Bildung und Wissensvermittlung kommt die Aufgabe zu, den jungen Menschen diejenigen Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die sie brauchen, um sich reflektiert und auf einer gesicherten Informationsbasis in der Lebens- und Arbeitswelt bewegen zu können. Die Qualität und Leistungsfähigkeit des schulischen Bildungssystems wird davon abhängen, diese gesellschaftliche Veränderung und technologische Entwicklung aufzugreifen und mitzugestalten. Nur wenn dies gelingt, werden die nachwachsenden Generationen in der Schule möglichst gut auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet.

Bei der Umsetzung der Digitalisierung im Bildungsbereich kommt den Lehrkräften eine entscheidende Rolle zu. Sie müssen nicht nur Inhalte vermitteln, sondern auch neue technische und methodische Möglichkeiten aufgreifen und zudem kritische Aspekte dieser dynamischen Entwicklung laufend im Blick behalten. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, die Lehrerinnen und Lehrer kontinuierlich im Rahmen der Aus- und Fortbildungen bestmöglich auf diese Aufgabe vorzubereiten.

Neben der inhaltlichen Verankerung gilt es, im schulischen Umfeld auch die neuen, mit der Digitalisierung verbundenen, technischen Möglichkeiten so zu nutzen, dass alle Beteiligten bestmöglich davon profitieren und Risiken minimiert werden. Grundlage bleibt die Überzeugung, dass die Technik der Pädagogik folgen muss. Dazu müssen unter anderem die technischen Voraussetzungen verbessert werden, die ein sinnvolles und sicheres Lernen mit und über digitale Medien an den Schulen ermöglichen. Dazu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Bund und Land.

Darüber hinaus hat Baden-Württemberg besonders mit den mittelständischen „Hidden Champions“ das Potenzial, die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft entscheidend mitzugestalten. Gerade die Verschmelzung von Internet und Industrie ist ein Quantensprung bei der industriellen Produktion und schafft durch Vernetzung Freiräume für neue Entwicklungsfelder. Für ein starkes, digitales Baden-Württemberg ist daher eine flächendeckende IT-Infrastruktur unerlässlich.

Grundlage für jeglichen Aspekt der Digitalisierung ist eine flächendeckend ausgebaute Breitbandinfrastruktur mit Glasfaser. Dies erfordert ein klares Bekenntnis zum Glasfaserausbau in der Fläche und beinhaltet den Verzicht auf die Nutzung von Brückentechnologien wie Vectoring. Entsprechend müssen die Förderprogramme des Landes und des Bundes ausgestaltet werden. Zudem braucht es neben der Offensive zum Ausbau der festnetzbasierter auch eine Offensive zum Ausbau der mobilen Breitbandinfrastruktur. Mit der wegweisenden und für ganz Deutschland beispielhaften



Digitalisierungsstrategie des Landes geht es nun vor allem darum, die Vorhaben auch auf dem Verwaltungsweg schnell und zielorientiert umzusetzen.

Deshalb fordern wir:

- Wer den digitalen Transformationsprozess von Gesellschaft und Arbeitswelt erfolgreich bewältigen will, muss die Grundlagen dafür schaffen. Dies bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung, die als entscheidendes Querschnittsthema auch auf Bundesebene gebündelt werden muss.
- Zur Schaffung der infrastrukturellen, technischen und fachlichen Voraussetzungen für eine gelingende Digitalisierung an den Schulen braucht es ein am Bedarf orientiertes nationales Sofortprogramm von mindestens 5 Mrd. Euro, das auch den Bedarf für die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer miteinbezieht. Es muss sichergestellt werden, dass sich Lehrerinnen und Lehrer kontinuierlich im Bereich Digitales weiterbilden und neue didaktische Methoden erlernen.
- Bis zum Jahr 2020 soll an allen Schulen mittels Glasfaser ein leistungsfähiges WLAN zur Verfügung stehen. Damit wird der Bildungsbereich sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum gestärkt. Die Chancen der Digitalisierung stehen somit allen Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg offen.
- Die Digitalisierung stellt hohe Anforderungen an die Kompetenzen der Arbeitskräfte von Morgen. Vor allem kreative und kommunikative Fähigkeiten werden zunehmend gefragt sein. Diese Entwicklung muss sich auch in den Bildungs- und Lehrplänen der Bundesländer widerspiegeln. Deshalb sollte ein größerer Schwerpunkt auf jene Fächer gelegt werden, die kreative und kommunikative Fähigkeiten fördern. Zum nächstmöglichen Zeitpunkt soll ein Unterrichtsfach eingeführt werden, das sich den Themen „Programmierung, Soziale Medien und digitale Kommunikation“ widmet. Hierfür müssen alle Lehrerinnen und Lehrer entsprechend aus- beziehungsweise weitergebildet werden.
- Der Grundstein für wichtige berufliche Fertigkeiten wird in der Schule gelegt. Vor diesem Hintergrund müssen die Kooperationen von Schulen und Unternehmen verbessert werden. Diese Kooperationen sollen Schülerinnen und Schüler auf ein Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorbereiten.
- Bundes- und Landesförderung müssen kompatibel gestaltet werden.
- Aufsetzen einer neuen Förderrichtlinie zum Ausbau der mobilen Netze. Dies sollte mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität verknüpft werden.
- Eine Vereinfachung des Förderverfahrens: Abschließend zuständige Stelle für die Prüfung der Förderanträge sollte dabei das Landratsamt sein. Dies hat sich in anderen Fällen wie der Landwirtschaftsförderung bestens bewährt.
- Eine stringenteren Einbeziehung privater Investoren in den Breitbandausbau, um den parallelen Ausbau privater und/oder kommunaler Netze zu vermeiden. Hierzu sollte ein Breitbandgipfel mit den beteiligten Unternehmen einberufen werden, bei dem diese verbindlich erklären, welche Gebiete sie selbst mit Glasfaser ausbauen.